

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT SICH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 1:50 (inkl Postzustellung)
Oesterr Postsparkassenkonto Nr 119471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Feber 1932

6. Jahrgang, Nr. 95

Die Maske fällt

Die Sozialdemokratie stimmt für Hindenburg. «Um den offenen Faschismus zu verhindern», um «den alten vor dem neuen Kapitalismus» zu schützen, um «das, was in Deutschland von der Demokratie der Weimarer Verfassung noch überhaupt geblieben ist, zu erhalten». Von dieser Demokratie ist das geblieben, was heute da ist: nämlich fast nichts. So weit hat es die Arbeiterschaft in den vierzehn Jahren durch die glorreiche Führung der Sozialdemokratie gebracht. So weit hinuntergebracht hat die Arbeiter die Koalitions-politik, die Tolerierungspolitik. Diese Politik, die nun mit dem Eintreten für die Hindenburgkandidatur den Gipfel des Verrätes erreicht, wird Hitler den Weg nicht nur nicht verrammeln, sondern noch mehr ebnen.

Die sofortige Aufstellung Thälmanns selbständiger Kandidatur hat der SPD ihr verräterisches Eintreten für Hindenburg außerordentlich erleichtert. Das öffentliche Anbot der KPD an die SPD, sich auf einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten für die Präsidentenwahl zu einigen auf dem Boden eines vom Standpunkt

Krieg im Osten

Das Bündnis zwischen Japan und Frankreich wird immer sichtbarer. Ebenso die Zusammenarbeit Amerikas und Englands, die Japan freie Hand lassen, aber ihre eigenen Interessen im Osten schützen. Die Gerüchte über ein angebliches Bündnis zwischen Stalin und Japan dienen der Verhetzung und Vernebelung.

Sowjetrußland ist von Japan nicht nur bedroht, sondern bereits tatsächlich angegriffen. Die Passivität Stalins demgegenüber ist in der Tat außerordentlich auffallend. Doch nur für den, der sich durch Stalins bombastische Phrasen Macht vor-tauschen läßt. Gerade darum wird die stalinsche Maulreiße immer gigantischer, weil Stalin immer schwächer wird in den Beinen. Weil er durch seine grundfalsche Politik die Position der russischen Arbeiterschaft, die Position der Sowjetmacht immer mehr schwächt. Den Mitgliedern der kommunistischen Parteien kann der Stalinismus mit seinem Phrasen-gedresch leider die Augen noch verschließen, den japanischen Imperialisten nicht. Und so marschieren die japanischen Räuber seelenruhig immer weiter ins sowjetrussische Gebiet und der Maulgigant Stalin — «baut auf den Sozialismus in einem Lande».... Je mehr die Weltbourgeoisie den Krieg gegen Sowjetrußland auffüllt, desto klarer wird es, daß zur wirksamen Verteidigung Sowjetrußlands unumgänglich notwendig ist die Liquidierung des Stalinismus, rasches Umreißen des Gesamtkurses der russischen Politik, der Kominternpolitik überhaupt, auf die Linie des revolutionären Internationalismus.

der Massen annehmbaren Kampfprogramms hätte die Lage für die Arbeiterklasse wesentlich verschoben. Hätte die SPD gezwungen, mitzutun: ihre Satztage im Kampf hätte sie entlarvt — oder sie hätte überhaupt abgelehnt: dann wären sofort breite Massen der sozialdemokratischen Arbeiter unter die Führung der KPD übergegangen. Dann wären nicht nur die Wahlchancen, dann wären vor allem die Chancen der gesamten Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei, für den nahenden Entscheidungskampf ge-

waltig verbessert worden. Ihre stalinistische Linie hat die KPD an der richtigen Taktik gehindert. Was in Deutschland wirklicher Kommunist ist, wird dennoch für den Kandidaten der KPD stimmen, werben, kämpfen. Auf den Stalinismus aber fällt die volle Verantwortung für die Folgen der falschen Taktik.

Das Hauptproblem in Deutschland bleibt nach wie vor die Schaffung der Arbeitereinheitsfront. Nur die KPD kann sie erzwingen: durch leninische Einheitsfronttaktik.

Tolerierungspolitik

600.000 Arbeitslose. Hungerlöhne.

Regierungsprogramm: «Lockerung der Produktionskosten», das heißt Lohnabbau, Steigerung der Lehrlingsausbeutung («Reform der gewerblichen Ordnung»), Einfuhrsperre zur Aushungerung der Massen, «beiderseitige» Entwaffnung, nämlich der Arbeiter, «wirtschaftliche Annäherung» zur Herbeiführung der Donauföderation und der Restauration der Habsburger. Die Nationalbank ausgeliefert dem schwarz-gelben Faschisten Kienböck, dem Mann der französischen Bourgeoisie. Die Credit-Anstalt mit ihren Industriebetrieben ausgeliefert dem Herrn von Hengel, der Osterreich für die ausländischen Kapitalisten ausplündern und dafür 2000 Goldschilling täglich Gehalt bekommen soll.

Was tut dagegen die Sozialdemokratie? Sie toleriert Buresch.

Die schwarzgelben Faschisten verschärfen ihren außerparlamentarischen Kampf aufs äußerste, um sich den legalen Vormarsch möglichst weit zu sichern und es zugleich außerparlamentarisch zur Entscheidung zu treiben. Der blutige Ueberfall auf die Halleiner Arbeiterschaft, die sich tapfer zur Wehr gesetzt hat, das Verhalten der Staatsgewalt dazu, zeigen deutlich das wahre Verhältnis zwischen Faschismus und Regierung.

Was tut dagegen die Sozialdemokratie? Sie toleriert und markiert Kampf: sie ruft nach — Neuwahlen. Nicht im Traum denkt die Bourgeoisie an Neuwahlen, sie gedenkt die von der Sozialdemokratie mitbeschlossene Diktaturverfassung gegen die Arbeiter rücksichtslos auszunützen. Nicht die Neuwahlen stehen auf der Tagesordnung, sondern die von Seipel geführte Entscheidungsoffensive der schwarzgelben Faschisten, denen Buresch die Mauer macht.

Die Sozialdemokratie visiert auf Koalitionsregierung. Der Bourgeoisie werde bald nichts übrig bleiben, als die Erkenntnis, daß die Republik ohne die Sozialdemokratie nicht zu regieren sei — wenn sie das Land nicht selbstmörderisch in blutige Abenteuer stürzen wolle. Nun, wir

stehen in Osterreich nicht mehr beim bloßen Planen, in Wirklichkeit hat Seipel, der Mann der Bourgeoisie, die Durchführung des blutigen Abenteuers bereits begonnen.

Schluß mit jeder Koalitionspolitik, Schluß mit der Tolerierungspolitik! Das Schwergewicht auf den außerparlamentarischen Kampf! Das fordert die Stunde.

Die Sozialdemokratie rühmt sich, die Einheit der Arbeiterklasse sei in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften verwirklicht. Allein es ist dies die Einheit — für die Koalitionspolitik, für die Tolerierungspolitik, für die Politik, die die Arbeiter seit 14 Jahren immer tiefer bringt, für die Politik, die dem Faschismus den Boden immer weiter ebnet.

Die kommunistische Partei muß durch eine konzentrierte Massenkampagne ein Kampfangebot für vom Standpunkt der Massen unbedingt annehmbare Lösungen vorbereiten und öffentlich an die sozialdemokratische Partei richten zur Bildung einer Arbeitereinheitsfront, von der Tolerierungspolitik weg zum Kampf gegen den Faschismus. Nur so allein ist es möglich, die großen Massen zum außerparlamentarischen Kampf und Sieg zu mobilisieren.

Abrüstungskonferenz

«Gittgasnebel von Genf»... «Konferenz der Kriegstreiber in Genf»... so schreibt die «Rote Fahne» und — sie hat recht! Doch mit Verlaub: Hilft nicht ein gewisser Stalin durch seinen Litwinow mit pazifistischem Geschmus von Genf aus, Gittgasnebel zu verbreiten? Beteiligt sich nicht ein gewisser Stalin durch seinen diplomatischen, handlungsreisenden Litwinow an dem pazifistischen Schwindel der Kriegstreiber in Genf?

Hausse

Auf den Börsen in Paris und New York sind die Kurse gewaltig emporgeschneit. In New York an einem einzigen Tage allein um drei Milliarden Dollar. Der Krieg im Osten belebt die Profithoffnungen der Kapitalisten. In Form erhöhter Kurse nehmen sie die Profite der Kriegslieferungen vorweg.

Wiener Gemeindevahlen

Im Frühjahr wird der Wiener Gemeinderat gewählt.

Die Sozialdemokratie singt tagtäglich das Lied vom «roten» Wien. Sie schwindelt ihre Gemeindepolitik den Arbeitern als sozialistisch vor. In Wahrheit ist die sozialdemokratische Gemeindepolitik auch in Wien kapitalistisch. Wien ist eine kapitalistisch verwaltete Stadt.

Und dennoch stürmt die Bourgeoisie gegen die sozialdemokratische Gemeindevverwaltung.

Die ausgebeuteten Massen durch Reformen dem Kapitalismus gefügig zu erhalten und sie darüber zugleich durch Phrasen über Sozialismus zu trösten, ist der letzte Sinn und Zweck aller sozialdemokratischen Politik, auch ihrer Wiener Gemeindepolitik. Doch in der Zeit der ungeheuren Krise, die den kapitalistischen Profit selber gefährdet, sind der Bourgeoisie sogar jene kleinen Reformen zugunsten der Massen ein unerträglicher Greuel. Sie greift nach einer anderen Methode kapitalistischer Politik, nach dem Faschismus.

Der Wahlkampf um den Wiener Gemeinderat ist zunächst einmal und im Bewußtsein der Arbeitermassen vor allem ein Kampf zwischen zwei verschiedenen Methoden kapitalistischer Politik gegenüber der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie kämpft keineswegs für die proletarische Position, sondern nur für jene kapitalistische Politik, die das Proletariat durch List, Schlaueit, Reformen hinter sich zieht und nur in außerordentlichen Fällen mit Gewalt gegen die Massen vorgeht. Sie kämpft dabei gegen den Faschismus, das ist jene andere Methode kapitalistischer Politik, die die Massen mit offener blutiger Gewalt niederhält, jede organisatorische Position, jeden Zusammenhalt der Arbeiter mit Gewalt vernichtet, jede Konzession an das Proletariat ablehnend. Die Sozialdemokratie hält ihre Methode als die nützlichere für den Kapitalismus, für die Bourgeoisie. Infolge der langen Dauer und der Zuspitzung der Wirtschaftskrise denkt die Bourgeoisie darüber anders, sie reitet jetzt das faschistische Roß.

So wie in allen Fragen werden die Klassenpositionen des Proletariats auch in den Wiener Gemeindefragen ausschließlich vertreten durch die kommunistische Partei. Allein sie vertritt die proletarische Position wie in allen Fragen auch in den Gemeindefragen und selbst im Gemeindevahlkampf schlecht, infolge ihrer stalinistischen Linie. Den kapitalistischen Grundcharakter der sozialdemokratischen Gemeindepolitik rücksichtslos enthüllen, den Schwindel vom «roten» Wien erbarmungslos zerreißten, das ist richtig, das ist gut, das ist notwendig. Doch die Losung «Wien verteidigen, heißt ein Stück Kapitalismus verteidigen» (siehe «Rote Fahne» vom 14. d., Seite 2, Spalte 3), das ist verschwommen, irreführend, darum falsch und schädlich. Allgemein genommen ist die Losung richtig. Doch gerade durch ihre Allgemeinheit wird sie zu einem Ge-

meinplatz, zu einer Phrase, zu einer gefährlichen, schädlichen Phrase. Worauf kommt es bei der gegebenen Lage auch in den Gemeindevahlen an? Worin besteht die Eigenart der gegebenen Lage in Oesterreich, auch bei den Gemeindevahlen?

Gewiß ist die Gemeinde Wien kein Bollwerk der Arbeiterklasse, sondern ein Bollwerk des Kapitalismus. Aber dieses Bollwerk in den Händen des Faschismus, verwallt statt nach sozialdemokratischen Methoden, würde die Bedingungen für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse wesentlich verschlechtern! Das zu verhindern, die große Masse der Arbeiter fühlt, erkennt das als unbedingte Notwendigkeit der Arbeiterklasse. Diesem jetzt entscheidenden proletarischen Klassenbedürfnis muß die Taktik der proletarischen Klassenpartei, das ist der kommunistischen Partei, unbedingt entsprechen. Nur dann wird es ihr gelingen alle sozialdemokratischen Schwundelargumente wirksam zu durchkreuzen. Nur dann wird es ihr gelingen, breite Teile der Arbeiterschaft aus der kleinbürgerlichen Gefolgschaft zu reißen, dadurch aus der kapitalistischen Front, sie überzuleiten in die proletarische Front unter die Führung der kommunistischen Partei und so die proletarische Klassenposition wirklich zu stärken gegen die Bourgeoisie, gegen ihren faschistischen Kettenhund und gegen ihren sozialdemokratischen Lakai. Handelt die kommunistische Partei jedoch diesem jetzt entscheidenden proletarischen Klassenbedürfnis zuwider, handelt sie nach der grundsätzlichen Lösung Stalins «Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind!», so verwandelt sie die allgemein richtige Lösung «Klasse gegen Klasse», das heißt Proletariat gegen Bourgeoisie, zu einer Phrase, hinter welcher der Stalinismus die kommunistische Partei vor den Massen nicht nur in den Schein bringt, dem Faschismus zu helfen, sondern objektiv, der Auswirkung nach, in der Tat dem Faschismus hilft.

Das bedeutet keineswegs ein Wahlangebot. Die kommunistische Partei soll und muß allein in die Wahl gehen. Allein sie muß in und außerhalb der Wahl, sie muß in ihrer gesamten Propaganda und Agitation, in ihrer Taktik, in ihrer Politik überhaupt jenem entscheidenden proletarischen Klassenbedürfnis unbedingt entsprechen. Der einfachste sozialdemokratische Arbeiter muß klar sehen, daß die kommunistische Partei nicht die Absicht hat, gegen die Sozialdemokratie zu sinnen, um dem Faschismus zu helfen und daß dies auch nicht als Wirkung der kommunistischen Politik zu befürchten ist — umgekehrt: jeder sozialdemokratische Arbeiter muß klar sehen, daß die kommunistische Partei gegen die Sozialdemokratie kämpft, gerade um den Faschismus zu besiegen, daß dies als Wirkung der kommunistischen Politik sicher zu erwarten ist. Daß diese Wirkung in der Tat erzielt wird, müssen sich die Massen dann in der Erfahrung durch die nachfolgenden Tatsachen wirklich überzeugen. Am besten, klarsten würde all dies unterstrichen, würde all dies den Massen sichtbar, wenn die kommunistische Partei, vorbereitet und begleitet durch eine breite Massenkampagne, für vom Standpunkt der Massen unbedingt annehmbare Lösungen, bei Aufrechterhaltung der vollen organisatorischen Selbständigkeit und der gegenseitigen Kritik, an die sozialdemokratische Partei öffentlich ein Kampfangebot richtet zur Bildung einer Arbeitereinheitfront gegen den Faschismus, gegen den Lohnabbau, gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung usw.

Noch ist es Zeit, die Taktik der kommunistischen Partei umzustellen. Sie muß sich umstellen von der Taktik der «roten» Einheitsfront zur Taktik der Arbeitereinheitfront, sie muß sich umstellen von der stalinischen Einheitsfronttaktik zur leninischen Einheitsfronttaktik, sie muß sich umstellen von der stalinischen zur leninischen Linie. Das geht nur gegen den Stalinismus, gegen die Stalin-Bürokratie. Die Arbeiterkommunisten, die Parteimitglieder müssen diese Wendung erzwingen!

Wir werden die Parteimitgliedschaft in diesem Bemühen mit aller Kraft unterstützen. Sollte es ihnen jedoch nicht gelingen, diese unumgänglich notwendige Wendung herbeizuführen, so werden wir dennoch für die Lösung der kommunistischen Partei eintreten, für die kommunistische Partei stimmen, werben, kämpfen.

Staatskapitalismus

«Staatskapitalismus?» — die Kommunisten höhnten. Wieder so eine sozialistische Theorie! So etwas gibt es gar nicht! So schwindelt die «Arbeiter-Zeitung» vom 14. Februar.

Im November schrieb die «Arbeiter-Stimme» (Nr. 89) als Antwort auf den Grazer Parteitag:

«Eine solche neue Schaumchälgerlei ist der Staatskapitalismus. Der Staatskapitalismus sei die Uebergangsform zum — Sozialismus. Wenn an die Stelle der Privatkapitalisten trete der «Staat», das sei der Weg zum — Sozialismus. «Der Staat», das ist der kapitalistische Staat. Wenn also an die Stelle der Privatkapitalisten tritt der «Staat», so tritt an die Stelle der einzelnen Kapitalisten die Kapitalistenklasse. Wenn also der Staat die Wirtschaft in die Hand nimmt, so bleibt die Wirtschaft nach wie vor eine kapitalistische Wirtschaft. Nur daß die Ausbeutung noch viel ärger wird, weil die Ausbeutungenergie der Immerhin zu einem gewissen Grad noch zersplitterten Privatkapitalisten potenziert wird, sobald die Kapitalisten durch den Staatskapitalismus als ein einziger konzentrierter Unternehmer den Arbeitern in den Betrieben gegenübersteht.

Der Staatskapitalismus, das ist der Ausweg, den die SP den Arbeitern aus dieser Krise zeigt. Es ist ein Ausweg (im besten Falle nur ein zeitweiliger) für die Kapitalistenklasse. Für die Arbeiter, in der Staatskapitalismus der Uebergang nicht zum Sozialismus, sondern zur potenzierten Verelendung. Für die Arbeiter weiß die SP keinen Ausweg. Sie ist auch gar nicht dazu da, den Arbeitern den Ausweg zu zeigen; sie ist ausschließlich dazu da, die Arbeiter auszunützen, um der Bourgeoisie zum Ausweg aus dieser Krise zu verhelfen.

Viele Arbeiter glauben, Sozialdemokratie und Kommunismus hätten dasselbe Ziel, nur der Weg sei verschieden. Heute können die Arbeiter aus dem Munde der Bauer und Renner hören, daß das Ziel der SP ein ganz anderes sei, als das Ziel des Kommunismus. Die Produktionsmittel in die Hand des «Gemeinwesens», in die Hand des «Staates» als des «Vertreters der Gesamtheit des Volkes», das ist das Ziel der Bauer, Renner, Adler und Co., das ist das Ziel der Sozialdemokratie.

Die Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse, die, den kapitalistischen Staat brechend, den proletarischen Staat aufrichtet, die, gestützt auf die notleidenden Bauern, mittels der proletarischen Diktatur die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der arbeitenden Massen planmäßig organisiert, so den Sozialismus aufbaut, die Zerreißen der Gesellschaft in Klassen überwindet und dadurch erst die wirkliche Volksgesamtheit schafft, ohne Ausbeuter, ohne Ausbeutete, und dieser Volksgesamtheit dann die Produktionsmittel übergibt, das ist das Ziel des Kommunismus.

Am 25. Dezember schreibt die «Arbeiter-Zeitung» vom Staatskapitalismus aus dem «Uebergangszustand vom Kapitalismus zum Sozialismus»: «Wenn in wichtigen Teilen der Wirtschaft an die Stelle des Privatkapitalisten die Allgemeinheit tritt, vollzieht sich der Uebergang von der Alleinentscheidung der Privatunternehmer zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Gesamtheit». Indem die Sozialdemokratie zur Mehrheit wird und damit die Arbeiterklasse zur entscheidenden politischen Macht werde, verwandelt sich der Staatskapitalismus in Sozialismus.»

Doch für die Folgen der grundsätzlichen, die Arbeiterklasse, die proletarische Revolution, die kommunistische Partei gefährdende, schädigende Taktik machen wir schon heute vor der gesamten Arbeiterschaft, vor allen Kommunisten verantwortlich Stalin und seine Beamten, den Stalinismus.

Dazu schrieb die «Arbeiter-Stimme» Anfang Jänner (Nr. 92):

«Der Staatskapitalismus ist nicht der „Uebergang“ zum Sozialismus, sondern das gerade Gegenteil! Der Privatkapitalismus wird unhaltbar; der Staatskapitalismus ist die Form, in welcher der Kapitalismus als System sein Leben zu verlängern sucht, um dem Sozialismus entgegen zu treten. Der Staatskapitalismus ist „Sozialismus“ — für die Kapitalisten.

Den Kapitalismus zu retten, das ist die wirkliche Grundlinie der SP. Sie spiegelt den Arbeitern den Staatskapitalismus vor als „Uebergang zum Sozialismus“, um die Arbeiter abzuhalten von der sozialistischen Revolution, die allein den Sozialismus verwirklichen kann.

Der Staatskapitalismus ist kein „Uebergang“ zum Sozialismus. Und dennoch erleichtert er, gegen den Willen der SP, den proletarischen Revolutionären die Mobilisierung der Massen zur sozialen Revolution. Hinter dem Schlagwort „Staates“ verborgen, den sie den Arbeitern als „Allgemeinheit“, als „Gesamtheit“ vorschwindelt, vollzieht die SP ihren tagtäglichen Verrat an der Arbeiterklasse im Dienste der Bourgeoisie. Im Staatskapitalismus fällt dieser Schleier weg, rasch wird die Verräterrolle der SP den breitesten Massen unzweideutig sichtbar.

Erst der proletarische Staat, der den Kapitalisten die Produktionsmittel entreißt, diese in seiner Hand vereinigt, beginnt den Uebergang zur sozialistischen Produktion. Er kann im Anfang nicht anders, als zunächst kapitalistische Formen beizubehalten, wie zum Beispiel die Lohnform. Aber auch da schon füllt er diese alten Formen mit neuem Inhalt. Ist der sozialistische Aufbau weit genug vorgeschritten, so

ersetzt der proletarische Staat die alten Formen durch die neue, sozialistische Form. In gewissem Sinne haben wir also als erste Etappe der proletarischen Diktatur den — Staatskapitalismus: aber den Staatskapitalismus unter Leitung und Kontrolle des proletarischen Staates. Das ist etwas ganz, ganz anderes, als die Sozialdemokratie will! Der Staatskapitalismus als erste Etappe der proletarischen Diktatur führt durch Planwirtschaft zum sozialistischen Aufbau. Das ist ein, ja „das ist der Uebergang zum Sozialismus.“

Unter dem Druck unserer Kritik versucht die «Arbeiter-Zeitung» am 14. d. ihre Theorie vom Staatskapitalismus schlaue zu formulieren. Sie versucht, Friedrich Engels für sich als Zeugen zu führen.

Doch Engels redet nicht vom «Staat», sondern vom kapitalistischen Staat.

Engels spricht nicht vom Staatskapitalismus als einer «Uebergangsform» zum Sozialismus. Er sagt, die Verstaatlichung der Produktionsmittel bedeute, auch wenn der kapitalistische Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst. Das ist vollkommen richtig. Denn Vorstufe ist alles, was objektiv den Marsch zum Sozialismus fördert. In diesem Sinne sind Kapitalismus, Feudalismus, Sklavenwirtschaft Vorstufen zum Sozialismus. Allein als «Uebergangsformen» zum Sozialismus bezeichnen wir nur solche Formen, die gesetzt werden zu dem bewußt gewollten Zweck, um die ungeheure Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus zu verwirklichen.

Wird die Kapitalistenklasse bewußt einen Schritt zum Sozialismus machen? Niemals! Bewußte Schritte zum Sozialismus können und werden gesetzt nur durch das Proletariat selbst und das Proletariat kann den ersten, bewußt gewollten wirklichen Schritt zum Sozialismus nicht eine Sekunde früher machen, bevor es nicht die Staatsgewalt der Kapitalistenklasse zertrümmert und sich selbst als entscheidende Klassenmacht organisiert hat durch Aufrichtung der proletarischen Diktatur, das ist des proletarischen Staates. Wörber manches nachzulesen bei Engels ...

Sozialdemokratische Einheit

Die Sozialdemokratie führt eine konzentrierte Kampagne in ihren eigenen Reihen, insbesondere unter der Arbeiterjugend, gegen die Spaltung, für die Einheit der SP. Damit stellt sie die Kommunisten als die Spalter des Proletariats hin und die Einheit der Arbeiterklasse als die Einheit der Sozialdemokratie.

Die Klasseninteressen des Proletariats und der Bourgeoisie (auch der «demokratischen») stehen einander in allen Punkten diametral gegenüber:

Die Bourgeoisie ist für das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln — das Proletariat ist für das Eigentum der Arbeiterklasse an den Produktionsmitteln.

Die Bourgeoisie ist für den kapitalistischen Staat, die kapitalistische Diktatur zur dauernden Behauptung des kapitalistischen Eigentums — die Arbeiterklasse ist für die proletarische Revolution, um den Kapitalisten das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu entreißen, und für den proletarischen Staat, für die proletarische Diktatur, um das Eigentum der Arbeiterklasse an den Produktionsmitteln herzustellen, zu behaupten und es, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen durch den Aufbau des Sozialismus überwindend, überzuleiten in das Eigentum der Gesamtheit.

Die Bourgeoisie setzt die Produktionsmittel in Bewegung durch Lohnarbeiter zum Zwecke möglichst hohen Profits, sie sucht daher Lohn-, Arbeits-, Lebensbedingungen der Arbeiter immer tiefer zu drücken — die Arbeiter haben umgekehrt das Interesse, ihre Lohn-, Arbeits-, Le-

bensbedingungen auf Kosten des kapitalistischen Profits möglichst zu verbessern.

Welche Frage immer man ins Auge faßt, es gibt keine einzige, wo sich das Interesse der Arbeiter mit den Interessen der Kapitalistenklasse auch nur im geringsten, auch nur vorübergehend deckt.

Gewiß, man kann die Lohn-, Arbeits-, Lebensbedingungen durch Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie bessern, doch im allerbesten Fall nur für einen sehr kleinen Teil der Gesamtarbeiterschaft. Das ist die Grundlinie, auf der sich die Gesamtpolitik der Sozialdemokratie bewegt, auch in der Gewerkschaftspolitik, und gerade dadurch spaltet sie die Arbeiterklasse. Durch ihre Politik der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse hebt die Sozialdemokratie eine dünne Schichte aus der großen proletarischen Masse als Arbeiteraristokratie ins Kleinbürgerliche und hilft eben dadurch der Bourgeoisie, die große Masse der Arbeiter immer tiefer zu drücken.

Es ist also die Koalitionspolitik, die die Sozialdemokratie — denn die Koalitionspolitik ist die politische Grundlinie, mit der die Sozialdemokratie steht und fällt — die das Proletariat spaltet. Die Lösung «Für die Einheit der Sozialdemokratie!» entspringt dem sehr begreiflichen Wunsch des sozialdemokratischen Kleinbürgertums, die Arbeiter an die kleinbürgerliche Partei zu fesseln, die Arbeiter dem sozialdemokratischen Kleinbürgertum als auszunützendes Gefolgschaft zu erhalten. Darüber sucht die SP die Arbeiter zu täuschen, indem sie die Kommunisten als diejenigen hinstellt, die die — von der Sozialdemokratie selbst her-

